



Ernährungssouveränität stärkt die Rechte der LandarbeiterInnen – hier und überall auf der Welt

Auf der ganzen Welt sind ihre Arbeitsbedingungen katastrophal, auch in der Schweiz. Und auch hier gibt es viele Kleinbäuerinnen und -bauern, die ihre Höfe aufgeben und ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Als letztes Glied in der landwirtschaftlichen Produktionskette haben LandarbeiterInnen die Rolle unentbehrlicher HelferInnen; unerlässlich, aber ohne die Möglichkeit sich zu wehren, schlecht vertreten und gering geschätzt. Ihr Beitrag an die landwirtschaftliche Produktion ist von grundlegender Bedeutung!

Die Schweiz als verhältnismässig reiches Land rühmt sich selbst als «Champion der Sozialpartnerschaft». LandarbeiterInnen sind allerdings vom nationalen Arbeitsrecht, das Ende des 19. Jahrhunderts nach hartem Kampf errungen wurde, ausgeschlossen. Sie unterstehen dem Gutdünken der Kantonsregierungen, welche in zusammenfassenden Normalarbeitsverträgen eine Anzahl Arbeitsstunden pro Woche und manchmal einen Mindestlohn festlegen. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind enorm: Das Maximum liegt in Genf bei 45 Arbeitsstunden pro Woche, während Glarus im Sommer bis zu 66 Stunden erlaubt. Dasselbe bei den Löhnen: Im Kanton Waadt beträgt der Mindestlohn 3420 Fr. brutto pro Monat, alle anderen Kantone empfehlen weniger! Wir haben die Kantonsregierungen, das Parlament und den SBV (Schweizerische Bauernverband) schon oft darauf angesprochen, aber die Reaktion bleibt immer gleich: alles läuft rund und es besteht absolut keine Notwendigkeit, etwas zu ändern!

Die langfristigen Folgen der Arbeit sind bekannt: akkumulierte Müdigkeit und Unfälle. Wegen der mühsamen Arbeit und den tiefen Löhnen erreichen LandarbeiterInnen das Rentenalter nicht bei guter Gesundheit. Rund die Hälfte der LandarbeiterInnen kommen aus dem Ausland (etwa 15 000 Personen), die negativen gesundheitlichen Folgen der Landarbeit werden exportiert. Die Initiative für Ernährungssouveränität, welche voraussichtlich 2018 zur Abstimmung kommt, kann dieser Situation abhelfen. Sie fordert unter anderem die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der Schweizer Landwirtschaft, gerechte Preise und Löhne, die ein gutes Leben für alle garantieren!

Deshalb rufen wir alle Konsumentinnen und Konsumenten, alle Gewerkschaften, Bäuerinnen und Bauern sowie alle Behörden auf, ihre Augen nicht länger vor der verantwortungslosen und mittelalterlichen Ausnützung der LandarbeiterInnen zu verschliessen.

Unterstützen Sie die Initiative für Ernährungssouveränität: Am 30. März 2016 wurde die Initiative für Ernährungssouveränität mit rund 109'000 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Allianz für Ernährungssouveränität mit über 70 Organisationen in der Schweiz, verbunden mit der weltweiten bäuerlichen Bewegung Via Campesina, verlangt eine nachhaltige, regionale, einträgliche, klimaschonende und gentechfreie Landwirtschaft.

Spenden für die Unterstützung des Abstimmungskampfes: Allianz für Ernährungssouveränität, Alternative Bank Schweiz, 4601 Olten, IBAN CH58 0839 0034 6165 1000

